

Keine Propaganda
auf Kosten
von Flüchtlingen!

Ansprechpartner für Information
und Beratung zum Thema

Flüchtlingssituation:

Flüchtlingsrat NRW e.V.

Tel: 0234-58731560

E-Mail: info@frnrw.de

Web: www.frnrw.de

Flüchtlings**RAT**
NRWe.V.

Ansprechpartner für Information
und Beratung zum Thema

Rechtsextremismus:

Mobile Beratung NRW

gegen Rechtsextremismus:

www.mobile-beratung-nrw.de

Flüchtlinge sind
an allem schuld!

Die meisten Flüchtlinge
kommen nach Deutschland!

Flüchtlinge kommen überwiegend
aus wirtschaftlichen Gründen
nach Deutschland!

Mit den Flüchtlingen kommen
islamistische Terroristen ins Land!

Flüchtlinge sind schuld am
schlechten Wohnungsmarkt!

Flüchtlinge sind krimineller
als Deutsche!

Flüchtlinge nehmen den
Deutschen die Arbeitsplätze weg!

Der Staat schiebt
abgelehnte Asylbewerber
nicht konsequent genug ab!

... mit diesen und ähnlichen Behauptungen schüren Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere rassistische Gruppen Stimmung gegen Flüchtlinge, um Propaganda für sich und ihre menschenverachtende Ideologie zu machen.

FAKT IST: Weltweit waren im Jahr 2016 65,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Mehr als 80 % der Flüchtlinge bleiben in ihrer Herkunftsregion. Deutschland steht mit 280.000 registrierten Flüchtlingen im letzten Jahr im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur an fünfter Stelle in der Europäischen Gemeinschaft. Durch die europäische Abschottungspolitik – etwa durch die Schließung der West-Balkan-Route – gelangen immer weniger Flüchtlinge in die EU und bis nach Deutschland.

FAKT IST: Krieg und Verfolgung lassen vielen Menschen keine andere Wahl als die Flucht. Flüchtlingen wird nur dann Schutz zugesprochen, wenn ihnen Verfolgung oder konkrete Gefahr für Leib und Leben drohen. Im Jahr 2016 lag die Anerkennungsquote der inhaltlich geprüften Asylanträge bei 71,4 %. Wirtschaftliche Gründe werden nicht als Asylgrund anerkannt, selbst wenn es existenzielle Armut und Not sind, die Menschen zur Flucht zwingen.

FAKT IST: Flüchtlinge haben häufig selbst Terror im Herkunftsland erlebt und suchen genau davor Schutz. Es kann nie ausgeschlossen werden, dass unter dem Vorwand der Asylantragstellung auch Terroristen ins Land kommen. Terroristen sind aber keine Flüchtlinge! Im Übrigen ist die Verhaftung mancher Verdächtiger in Zusammenhang mit islamistischem Terror insbesondere den Hinweisen aufmerksamer Flüchtlinge zu verdanken.

FAKT IST: Schuld an der schlechten Lage auf dem Wohnungsmarkt sind nicht die Flüchtlinge, sondern die verfehlte staatliche Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre. In der Folge fehlt es heute vielerorts an bezahlbarem Wohnraum. Flüchtlinge im Asylverfahren und mit einer Duldung sind häufig verpflichtet, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen. Nach positivem Ausgang des Asylverfahrens besteht für Flüchtlinge ein Rechtsanspruch auf Einzug in eine eigene Wohnung, trotzdem müssen sie aufgrund der Wohnungsknappheit zunehmend weiter in Gemeinschaftsunterkünften verbleiben.

FAKT IST: Flüchtlinge sind nicht mehr oder weniger kriminell als andere Menschen auch. Es ist keine Frage der Herkunft, ob jemand strafbare Handlungen begeht oder nicht. Dass die absolute Zahl der Straftaten von Flüchtlingen in den letzten Jahren zugenommen hat, ist auf die gestiegene Zahl von Flüchtlingen zurückzuführen. Aus vorhandenem Datenmaterial, etwa den Erhebungen zur Straffälligenquote von Ausländern, lässt sich keine höhere Kriminalität von Flüchtlingen im Vergleich zu Deutschen ableiten.

FAKT IST: Beim Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge bestehen rechtliche und praktische Hürden. In den ersten drei Monaten des Aufenthalts gilt für alle Asylsuchenden ein striktes Arbeitsverbot, auch danach bestehen oft starke rechtliche Einschränkungen. Mangelnde Deutschkenntnisse und fehlende Anerkennung beruflicher Kompetenzen ermöglichen zudem gerade in der Anfangszeit vielfach nur eine Beschäftigung im Niedriglohnssektor.

FAKT IST: Die Zahl der Abschiebungen ist deutlich gestiegen. Viele Flüchtlinge kommen jedoch auch freiwillig einer Ausreiseverpflichtung nach. Auch nach einem negativen Ausgang im Asylverfahren kann ein legaler Aufenthalt in Deutschland möglich sein. Zum Stichtag 30.6.2017 lebten ca. 594.200 Menschen in Deutschland, deren Asylantrag irgendwann einmal abgelehnt wurde. Hiervon haben mittlerweile ca. 80 % ein Aufenthaltsrecht und die übrigen meist eine Duldung.